



# Ein bisschen Transparenz

**Interessenkonflikte** Pharmafirmen wollen offenlegen, wie viel Geld sie Ärzten bezahlen. Kritiker bezweifeln, dass die Industrie es ehrlich meint

**V**on Juli 2016 an wollen Pharmaunternehmen offenlegen, welcher Arzt wie viel Geld von ihnen erhalten hat – etwa für Beratungen oder Vorträge. Die Initiative geht vom Pharmaverein „Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie“ (FSA) aus. Nach seinen Angaben nehmen 75 Prozent der Firmen teil. Das könnte Patienten freuen. Denn laut einer Untersuchung der Universität Mainz wollen drei Viertel der Patienten wissen, ob ihr Arzt Geld von der Medikamentenbranche nimmt. Fast jeder Zweite würde einen von der Industrie unabhängigen Arzt bevorzugen.

**Doch die Transparenz** hat Lücken. Ärzte können der Nennung ihres Na-

mens widersprechen, Unternehmen sich der Initiative entziehen. Kritiker fürchten: Die Selbstverpflichtung sorgt nicht für weniger unerwünschte Einflussnahme im Gesundheitswesen, sie verzögert ein wirksames Gesetz.

**Wie ein solches Gesetz** aussehen könnte, zeigt der 2012 in den USA eingeführte „Physicians Payment Sunshine Act“. Patienten können seither übersichtlich auf einer Webseite nachlesen, von welchen Unternehmen ihr Arzt Geld annimmt. Die Zuwendungen schwanken beträchtlich: Beispielsweise erhielt 2014 ein Lungenarzt aus Newark rund 20 000 Euro von der Industrie, eine Fachkollegin aus derselben Stadt nur 270 Euro. Die US-

amerikanische Stiftung Pro Publica empfiehlt Patienten, ihren Arzt mit Blick auf die Zahlen zu fragen: In welcher Beziehung stehen Sie zu dem Medikamentenhersteller? Welche Arzneimittel von ihm haben Sie mir verschrieben? Gibt es auch eine nicht-medikamentöse Therapie?

**Das Unbehagen** der Patienten über Kontakte zwischen Arzt und Industrie ist berechtigt. Studien belegen: Zuwendungen von der Industrie beeinflussen untermenschwellig die Therapieentscheidungen der Ärzte. Das führt dazu, dass sie mitunter unnötige, teurere und weniger effektive Medikamente verschreiben – obwohl sie sich für nicht käuflich halten.

**Die Angaben** zum Geldfluss an Ärzte in Deutschland wollen die Firmen auf ihren eigenen Webseiten veröffentlichen. Das heißt, Patienten müssen sich die Informationen geduldig bei mehr als 80 Internetadressen zusammensuchen. Hat der Arzt die Namensnennung unter sagt, war der Aufwand vergebens. „Es ist davon auszugehen, dass gerade die Ärzte, die viele Gelder erhalten, von diesem Recht Gebrauch machen werden“, vermutet Professor Klaus Lieb, Vorsitzender des Fachausschusses Transparenz und Unabhängigkeit bei der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft. Industrievertreter rechtfertigen sich: Ihnen seien die Hände gebunden. „Deutsches Datenschutzrecht schreibt vor, dass ohne Zustimmung des Betroffenen keine Veröffentlichung möglich ist“, sagt Birgit Fischer, Hauptgeschäftsführerin des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller.

**Wie problematisch** eine rein freiwillige Transparenz ist, zeigt eine weitere Lücke. Sie betrifft Medikamentenstudien und Anwendungsbeobachtungen in der Arztpraxis. Hier wollen die Firmen die bezahlten Honorare nicht individuell ausweisen, sondern als addierte Summe für alle Ärzte. Doch gerade in diesem Bereich fließt besonders viel Geld. Laut FSA soll so verhindert werden, dass eine Firma erfährt, woran die andere gerade forscht. Eine merkwürdige Erklärung, denn die genehmigenden Behörden sind verpflichtet, die entsprechenden Studienpläne im Internet zu veröffentlichen.

**Der Bundesärztekammer** und der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft geht der Transparenzkodex der FSA denn auch nicht weit genug. In einer gemeinsamen Stellungnahme fordern sie, dass Zuwendungen für Forschung ebenfalls individuell offengelegt werden. „Die Ärzteschaft befürwortet seit Langem eine gesetzliche Regelung nach US-amerikanischem Vorbild“, stellt die Bundesärztekammer klar. Wäre es dann nicht an der Zeit,

dass der Gesetzgeber auch in Deutschland eine ähnliche Regelung auf den Weg bringt? Klaus Lieb hat Bedenken: „Transparenz ist nur ein Schritt auf dem Weg hin zu weniger Interessenkonflikten.“

**Die Umsetzung des Gesetzes** verschlang in den USA 220 Millionen Euro, jedes Jahr kommen 150 Millionen an Folgekosten hinzu. Lieb: „Würden Pharmaunternehmen dieses Geld in einen Fonds einzahlen und würde es dann zum Beispiel für unabhängige Ärztefortbildung und weitere Maßnahmen zur Senkung von Interessenkonflikten verwendet, könnte das Patienten möglicherweise mehr nutzen als ein solches Gesetz.“ *Dr. Fabienne Hübener*



**Zur Person**

**Dr. Christiane Fischer** ist ärztliche Geschäftsführerin von MEZIS („Mein Essen zahl ich selbst“, Initiative unbestechlicher Ärztinnen und Ärzte) und Mitglied des Deutschen Ethikrates

Interview

## „Reines Marketinginstrument“

**Frau Dr. Fischer, kann die Transparenzinitiative der Industrie Interessenkonflikte der Ärzte eindämmen?**

Nein, das ist ein reines Marketinginstrument. Eine freiwillige Selbstverpflichtung bedeutet, dass die Unternehmen nach wie vor machen können, was sie wollen. Ärzte und Firmen müssen sich der Initiative ja nicht anschließen. Selbstverpflichtungen der Industrie, das sieht man bei Geschlechterquoten oder Abgasgrenzen, funktionieren nicht. Ziel der Initiative ist es, ein wirksames Gesetz zu verhindern.

**Warum erlässt Deutschland kein Transparenzgesetz wie die USA?**

Die Lobbyisten der Pharmaindustrie gehen im Bundestag ein und aus und sorgen dafür, dass es dazu nicht kommt.

**Was schlagen Sie vor?**

Transparenz alleine reicht nicht. Wir brauchen ein Gesetz, das Ärzten Vorteilsnahme und Vorteils-gabe verbietet, so wie es bereits für Beamte gilt. Dann wäre es Ärzten etwa nicht mehr möglich, auf Werbeveranstaltungen der Industrie Fortbildungspunkte zu sammeln. Wir können nicht warten, bis 350 000 Ärzte ein Bewusstsein für ihre Interessenkonflikte entwickeln. Wir brauchen jetzt verbindliche Vorgaben, um Patienten vor unnötigen und falschen Therapien zu schützen.